

20. August 1975

Anerkennung von Papua-Neuguinea durch die Schweiz

Politisches Departement. Antrag vom 28. Juli 1975
(Beilage, inkl. Zusatzblatt vom 12.8.1975)

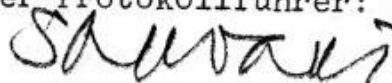
Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Die Anerkennung des zukünftigen Staates Papua-Neuguinea wird auf den vorgesehenen Zeitpunkt der Erlangung der vollen Unabhängigkeit in Aussicht genommen.
2. Sollten sich die Verhältnisse auf Papua-Neuguinea anders als geplant entwickeln, bleibt es dem Politischen Departement überlassen, das Datum der offiziellen Anerkennung zu bestimmen.
3. Das Politische Departement wird beauftragt, die Glückwunschschaft vorzubereiten, die der Bundesrat an den Staatschef von Papua-Neuguinea richten wird.

Protokollauszug an:
- EPD 6 zum Vollzug

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO POLITICO FEDERALE

p.B.15.11.Papua - FU/gis

3003 Bern, den 28. Juli 1975

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Anerkennung von Papua-Neuguinea
 durch die Schweiz

I.

Papua-Neuguinea setzt sich aus der Osthälfte einer grossen, 160 km nördlich von Australien gelegenen Insel, dem Bismarck-Archipel und den Admiralitäts-Inseln zusammen (Die Westhälfte der genannten Gross-Insel ist indonesisches Staatsgebiet und heisst Irian). An kleinen, aber noch immer bedeutenden Inseln, die zum neuen Staat Papua-Neuguinea gehören sollen, sind im besonderen New Britain, New Ireland, Bougainville und Manus zu nennen. Die Bevölkerung von ca. 2,6 Mio. Einwohnern - gegliedert in Melanesier, Polynesier und Papuas - ist ethnisch sehr uneinheitlich und lebt teilweise noch auf niedrigster Kulturstufe. Die rund 750 Stämme sprechen ebenso viele verschiedene Sprachen. Die rund 50'000 Ausländer sind vorwiegend chinesischer und australischer Herkunft. Hauptstadt ist Port Moresby.

II.

Im 16. Jahrhundert durch Spanier und Portugiesen entdeckt, wurde Papua-Neuguinea erst vom 18. Jahrhundert an kolonisiert und auch dann eher zögernd: der westliche Teil der Hauptinsel durch Holland, von den Molukken her; auf dem nordöstlichen (samt Nebeninseln) setzte sich das Deutsche Reich fest (Neuguinea), während Australien mit Billigung Londons den südöstlichen

- 2 -

Teil besetzte (Papua). Im ersten Weltkrieg annektierte Australien das deutsche Neu-Guinea für die britische Krone und verwaltete seither die ganze Osthälfte der Insel mit den Nebeninseln vorerst unter Völkerbundsmandat und nach vorübergehender japanischer Besetzung im 2. Weltkrieg als Treuhandgebiet der UN.

Einen eigentlichen Befreiungskampf gegen eine Kolonialmacht hat es auf Papua-Neuguinea nie gegeben. Im Gegensatz zu anderen "jungen" Staaten fehlte dazu ein einigendes Band nationaler Identität oder auch nur ein nationales Bewusstsein. Australien hat aber, nachdem der westliche, holländische Teil an Indonesien übergegangen war, im Zuge der weltweiten Entkolonialisierungsbewegung und auf Druck gewisser UN-Kreise die Verwaltungsbefugnisse stufenweise an eine eingeborene Regierung abgegeben. Dieser Prozess hat am 1. Dezember 1973 mit der Uebertragung der vollen inneren Autonomie einen wichtigen Abschnitt zurückgelegt. Australien behält sich heute nur noch die Entscheidung auf den Gebieten der Aussenpolitik, der Verteidigung und der Aussenhandelsbeziehungen vor.

Die Entlassung in die vollständige Unabhängigkeit ist für den 16. September 1975 vorgesehen, nachdem der ursprünglich geplante Zeitpunkt, der 1. Dezember 1974, wegen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht eingehalten werden konnte. Der Name des neuen Staates wird mit Papua New Guinea angegeben. Die einheimische Nationalversammlung hat beschlossen, dass Papua-Neuguinea Mitglied im britischen Commonwealth werden soll, mit Königin Elisabeth II. als Staatsoberhaupt.

Am 3. April 1972 fanden erstmals allgemeine Wahlen statt. Die Volksvertretung, das "House of Assembly", setzt sich aus 32 frei gewählten und 18 regionalen Abgeordneten zusammen. Die 1969 gegründete United Party, die für eine schrittweise und vollumfängliche Loslösung von Australien eintritt, hat dabei 40 Sitze erhalten. Die Pangu Pati unter der Leitung von Michael Somare ist mit 31 Sitzen aus den Wahlen hervorgegangen und

fordert die volle Selbstregierung und Unabhängigkeit, jedoch unter Anlehnung an Australien. Die restlichen Sitze gingen an Parteigruppierungen wie die New Guinea National Party (10), die Peoples Progress Party (10), die Mataungan Association (3) und an Unabhängige (6).

Die heutige Regierung setzt sich aus dem "Administrator's Executive Council" und dem Kabinett mit 20 Ministern zusammen. Chefminister Michael Somare hat ausser der United Party alle Gruppierungen der Volksvertretung in seinem Kabinett der "nationalen Koalition" berücksichtigt.

In letzter Zeit haben sezessionistische Tendenzen erheblich zugenommen. In den 18 Verwaltungsdistrikten (Papua 6, Neuguinea 12) haben sich bis heute mindestens 26 separatistische Gruppen gebildet, die sich in ihrer Mehrheit auf eigene sprachliche und ethnische Ueberlieferungen gründen. Die gewichtigsten unter ihnen sind:

- die von der einzigen weiblichen Parlamentsabgeordneten, Josephine Abaijahr, geleitete Bewegung "Papua-Besena" (Hände-weg-von Papua), die ein "unabhängiges Papua" fordert; sie soll am 16. März 1975 die Unabhängigkeit ausgerufen und eine Interimsregierung gebildet haben (im Gegensatz zu den andern Einwohnern sind die Papuas als bisher australische Staatsangehörige relativ gut ausgebildet, aber im Verhältnis von ca. 1:3 in der Minderheit);
- die Sezessionsbewegung auf Bougainville (rund 1000 km von Port Moresby entfernt), wo die Provinzversammlung kürzlich mit 200 gegen 14 Stimmen für die Abspaltung von Port Moresby stimmte, die noch vor der Unabhängigkeit am 16. September 1975 erfolgen soll. Die ca. 100'000 Einwohner gehören ethnisch zur Inselgruppe der Salomonen und fordern entweder die volle Selbständigkeit oder aber eine Vereinigung mit den Salomonen
- die Mitte 1977 von Grossbritannien unabhängig werden sollen -

oder dann eine "Melanesische Föderation" von Papua-Neuguinea, den Salomonen und Bougainville (mit gewisser Autonomie der einzelnen Glieder). Da die reiche Kupfermine auf Bougainville für ein unabhängiges Papua-Neuguinea nebst der australischen Hilfe das wirtschaftliche Rückgrat bilden würde, ist gerade diese Sezessionsbewegung ein zentrales Problem der bevorstehenden Unabhängigkeit Papua-Neuguineas.

III.

Die Wirtschaft Papua-Neuguineas stützt sich auf Land-, Plantagen- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau. Von Bedeutung sind die Nickel- und Bauxitvorkommen im Hochland, doch wird deren Abbau wegen heute noch ungenügender Transportkapazitäten und mangelhafter Verbindungswege zur Küste stark erschwert. Die zum britischen Riotinto-Konzern gehörende Kupfermine auf Bougainville ist eine der grössten der Welt. Gegenwärtig bohren auch rund 20 ausländische Gesellschaften auf küstennahem Meeresboden nach Oelvorkommen. Naturgas ist bereits gefunden worden.

Papua-Neuguinea exportiert vor allem Kokosnussprodukte, Kakao, Kaffee, Fische, Gummi, Holz und Kupfer, währenddem die Einfuhr hauptsächlich aus Maschinen und Transporteinrichtungen, Nahrungsmitteln, Industrieerzeugnissen und Erdöl besteht.

Das von der Schweiz am 16. Dezember 1938 mit Australien abgeschlossene Handelsabkommen galt auch für das Territorium Papua. Die Handelsbeziehungen der Schweiz mit Papua-Neuguinea fielen unter diejenigen mit Australien und wurden auch statistisch mit diesen erfasst.

Selbständige schweizerische Unternehmen von Bedeutung existieren auf Papua-Neuguinea keine. Ein schweizerisches Bankenkonsortium hat 1974 dem zukünftigen Staat ein Darlehen von 50 Mio. Schweizerfranken auf 15 Jahre gewährt, wobei Australien für den Schuldendienst und die Rückzahlung garantiert.

Ende 1974 zählte die Schweizerkolonie auf Papua-Neuguinea 248 Personen, wovon 47 Doppelbürger. Ein Grossteil dieser Schweizer ist auf den verschiedenen Missionsstationen tätig.

IV.

Der neue Staat steht politisch zweifellos vor grossen Problemen, da Struktur und Bildungsgrad der eingeborenen Bevölkerung kaum eine solide Basis für die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster abgeben. Eine zentrale Schwierigkeit bildet auch die Frage, ob auf dem Weg von der Selbstverwaltung zur politischen Unabhängigkeit innert nützlicher Frist die Grundlage für die wirtschaftliche Eigenständigkeit geschaffen werden kann. Mit Australien dürfte jedenfalls ein besonderes Verhältnis bestehen bleiben wegen der bedeutenden Wirtschaftshilfe (ca. 200 Mio. A\$ pro Jahr), wegen der Rolle der australischen Siedler in der Wirtschaft, wegen der durch die Treuhandschaft geschaffenen Bande und wegen der australischen Investitionen.

Ueber die Linie der zukünftigen Aussenpolitik hat Michael Somare sich dahingehend geäussert, dass sich Papua-Neuguinea um Block- und Bündnisfreiheit bemühen werde. Es werden aber auch Stimmen laut, die Papua-Neuguinea nach der Idee des ehemaligen neuseeländischen Ministerpräsidenten Kirk als "melanesischen Kompromiss" in einem pazifischen Regionalbündnis mit Indonesien, Australien und Neuseeland sehen möchten.

Papua-Neuguinea ist der konsultativen Gemeinschaft der Länder beigetreten, die sich südpazifisches Forum nennt. Einen Schwerpunkt gedenkt es in Europa in der Form enger Beziehungen mit dem Gemeinsamen Markt zu schaffen. Das Land wird sich insbesondere auch dem Vertragswerk von Lomé, das zwischen der EWG und 44 Entwicklungsländern besteht, anschliessen. Im übrigen wird Papua-Neuguinea den UN und ihren spezialisierten Körperschaften sowie dem GATT beitreten.

Als Datum der Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit wurde von der einheimischen Volksvertretung der 16. September 1975 vorgesehen und von Australien gutgeheissen. Die Entwicklung auf Papua-Neuguinea kann indessen dazu führen, dass dieser Zeitpunkt nicht eingehalten wird.

Das Politische Departement beehrt sich deshalb, dem Bundesrat zu

b e a n t r a g e n :

1. Die Anerkennung des zukünftigen Staates Papua-Neuguinea wird auf den vorgesehenen Zeitpunkt der Erlangung der vollen Unabhängigkeit in Aussicht genommen.
2. Sollten sich die Verhältnisse auf Papua-Neuguinea anders als geplant entwickeln, bleibt es dem Politischen Departement überlassen, das Datum der offiziellen Anerkennung zu bestimmen.
3. Das Politische Departement wird beauftragt, die Glückwunschschaft vorzubereiten, die der Bundesrat an den Staatschef von Papua-Neuguinea richten wird.

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Graber

Zusatzblatt zum Antrag an den Bundesrat "Anerkennung von Papua-Neuguinea durch die Schweiz" vom 28. Juli 1975.

P.S. zu Ziff. II (S. 4):

Neuesten Meldungen zufolge soll Bougainville tatsächlich beabsichtigen, auf Anfang September, unter Sezession von Papua-Neuguinea, die Unabhängigkeit zu erklären. Vorläufig ist dies von uns aus gesehen als ein interner Konflikt Papua-Neuguineas zu werten, so wie seinerzeit die Sezessionsbewegungen in Katanga oder Biafra schweizerischerseits als interne Konflikte des Kongos bzw. Nigerias betrachtet (also die Sezessionsgebiete nicht als separate Staaten anerkannt) wurden. Sollte sich allerdings die Sezession Bougainvilles im Laufe der Zeit durchsetzen und völkerrechtlich Anerkennung finden, hätte der Bundesrat dann die Frage einer separaten Anerkennung des daraus hervorgehenden Staates, unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände (namentlich auch des Verhältnisses zu Papua-Neuguinea und zu Australien), neu zu prüfen.

12.8.1975